sender, der zum Sturz der als pro-westlich gebrandmarkten Regierungen in Ägypten, Tunesien, Marokko, Sudan, Saudi-Arabien, Kuweit und den übrigen Golfemiraten aufruft.

Libyens unberechenbarer Gaddafi schritt sogleich zur Generalprobe und legte sich mit Tunesien an. Der von ihm von der Grenzstadt Gafsa aus angezettelte Umsturzversuch fand im Land keinen Widerhall: Frankreich sandte den Tunesiern Hilfe — und wurde dafür von Gaddafis Massen mit dem Sturm der französischen Botschaft in Tripolis und des Konsulats in Bengasi bestraft.

Ein derart kopfloser Naher Osten forderte den jüngsten Anwärter auf den Titel eines Führers der Arabischen Nation zu Taten heraus: Saddam Hussein, seit acht Monaten Staatspräsident des ölschweren Irak. Unabhängig von Sowjets und Amerikanern will er sich die Vorherrschaft am Golf sichern. Der Arabischen Liga als Forum aller Araber-Staaten machte er Konkurrenz durch die Gründung einer „Panarabischen Charta".

Die Charta verbietet unter anderem die Stationierung ausländischer Truppen im Nahen Osten und billigt die „bewaffnete Antwort auf Provokationen aus dem benachbarten Ausland" — was für Saddam Hussein vor allem heißt: aus dem Iran.

Marokko und Jordanien traten dieser Charta sofort bei. Die Golfstaaten, verschreckt vom irakischen Herrschaftsanspruch am Persischen Golf, zögerten. Dann erteilten sie kurzentschlossen den Amerikanern eine Absage und beteuerten Saddam Hussein ihre friedliche Gesinnung. „Wir sind ja immer gute Nachbarn gewesen und brauchen keinen Schutzschild aus Übersee", so das kuweitische Blatt „El-Kabas".

Kuweit will es mit keinem verderben, will weder den Irak noch den Iran oder gar die Viertelmillion Palästinenser in seinen Grenzen durch ein ohnehin fragwürdiges Bündnis mit den USA provozieren.

Das Scheichtum mit der drittgrößten Erdölförderquote Arabiens und riesigen Devisenkonten im Westen weigerte sich, bei einem mal von Saudi-Arabien, mal von Oman vorgeschlagenen Verteidigungsbündnis der Golfstaaten mitzumachen. Kuweit kaufte Kurzstreckenraketen aus der UdSSR.

Ein kuweitischer Publizist erklärte das Dilemma, in dem sich die gemäßigten Araberstaaten gefangen fühlen: „Nach Afghanistan sind die Sympathien in unserem Raum deutlicher geworden. Wir wissen heute besser denn je, wer mit dem Westen flirten möchte und wer dem Kreml den Vorzug gibt. Aber uns bleibt nur übrig zu beobachten, bei welchem der beiden großen Kamele dieser Welt der Höcker zuerst zusammenschrumpft."

SOWJET-UNION

Scheibe Brot aus Texas

Einen Monat nach Ankündigung des amerikanischen Getreide-Embargos bereitet der Kreml das Volk auf weitere Versorgungsmängel vor — mit Erinnerungen an die Blockade Leningrads im Krieg.

Jeden Tag kämpfen und sterben Sowjet-Armisten in Afghanistan — die Sowjet-Presse verschweigt das ihren Lesern. Auch die 104 Uno-Stimmen gegen die Invasion des Nachbarlandes blieben dem Sowjet-Volk vorenthalten.

Amerikas „Weigerung, uns Getreide zu verkaufen" aber verkündete Landesvater Breschnew selbst in der „Prawda" — acht Tage nach dem US-Embargo.

Zum erstenmal vernahmen die Bürger der UdSSR überhaupt auf offiziellem Wege, was seit vielen Jahren schon Brauch und seit 1976 vertraglich festgelegt war: daß das kapitalistische Amerika zu einem guten Teil die Sowjet-Union ernährt.

Allein im vorigen Jahr gab die Sowjet-Union zwei Milliarden Dollar für Importgetreide aus — obwohl sie 1978 mit 235 Millionen Tonnen eine Rekordernte verzeichnen konnte.

Doch 1979 gab es schon wieder eine Mißernte: 179 Millionen Tonnen gelangten in die Scheuern. Bis zu einem Viertel davon geht erfahrungsgemäß noch durch „Schwund" verloren — durch Ratten, schlechte Lagerung, beim Transport, durch Diebstahl.

Eine Million Tonnen empfangen schlecht versorgte Bruderstaaten wie Vietnam und Nordkorea und das eroberte Afghanistan. Eine weitere Million Tonnen für Kuba wird von Moskau nur bezahlt — und direkt aus Kanada geliefert.

Um das Loch annähernd zu stopfen, wollte der Kreml wenigstens 34 Millionen Tonnen Korn im Ausland kaufen: in Australien, Argentinien und Kanada, das meiste jedoch, 25 Millionen Tonnen, in den USA.

Acht Millionen Tonnen waren schon geliefert, als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten. Aber auch wenn Drittländer gekauftes US-Getreide weiterreichen, wenn Indien und Ungarn als Lieferanten einspringen, fehlen Moskau immer noch rund 17 Millionen Tonnen Getreide, die sich auch nicht völlig aus Reserven ersetzen lassen.

Das führt noch nicht zur Hungersnot: Für Brot und Mehl werden schätzungsweise 45 Millionen Tonnen benötigt, und dafür reichen die Bestände. Auch 28 Millionen Tonnen Saatgut und vier Millionen Tonnen für die Industrie, zum Beispiel zwecks Destillation zu Wodka, sind vorhanden.

Knapp wird es nur beim Viehfutter, wofür bislang am liebsten Mais und Weizen aus dem amerikanischen Mittelwesten verwendet wurden: Schlachten die Kolchosen vorzeitig Rinder und Schweine, könnte Rußlands

Hungernde in Leningrad 1942: 600 000 Russen starben

Fleischversorgung vollends zusammenbrechen — mit ihr hapert es schon seit Jahren: Die sowjetische Landwirtschaft produziert je Einwohner nur ebensoviel Fleisch wie die Bauern der Bundesrepublik. Jeder Sowjet-Bürger verbraucht im Jahr 58 Kilo Fleisch — halb soviel wie die Steak-Liebhaber in den USA.

Breschnew dementierte zwar Amerikas „unsinnige Vorstellungen von unserem Wirtschaftspotential" und versprach seinen Bürgern, daß „die Pläne zur Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Brot und Getreideprodukten um kein einziges Kilogramm gekürzt werden".

Doch dieses Versprechen scheint er nicht halten zu können. Schon beginnt die Inlandspropaganda, das Sowjetvolk auf eine Hungerblockade vorzubereiten — mit dem Vorteil, daß alle selbstverschuldeten Versorgungsmängel den Amerikanern gleich mit angelastet werden können.

Dramatisch richtete der Chefredakteur Alexander Tschakowski, Kandidat des Zentralkomitees, auf einer ganzen Seite seiner „Literaturnaja gaseta" einen offenen Brief an den US-Präsidenten: „Alle Versuche, auch wenn sie erfolglos sind, in einem anderen Land eine Hungersnot zu organisieren, um es damit gefügig zu machen, sind wirklich schmutzig und schändlich."

Er zog gleich eine Parallele zum Ärgsten — der Blockade Leningrads durch deutsche Truppen 1941 bis 1944. Tschakowski: „Muß ich Sie, Mr. President, daran erinnern, wie dieser Versuch ausging?" Er kostete, was Tschakowski nicht schrieb, aber alle Sowjet-Bürger wissen, 600 000 Tote.

Den Ernst der Lage unterstreicht ein in der einzigen Sowjet-Illustrierten „Ogonjok" (Auflage 1,8 Millionen) groß aufgemachtes Gedicht, das auch noch die Hungersnot an der Wolga im Jahre 1921 beschwört — dort starben etwa vier Millionen:

Den Hunger an der Wolga,
den hab' ich nicht erlebt,
doch die Blockade durchgestanden,
als am Eis die Stiefelsohlen angefroren
waren ...
Soll ich Brüder in Kabul verraten
für eine Scheibe Brot aus Texas?

Der Dichter appelliert an die moralische Größe der Russen und preist zudem, was sich wohl gegen die Chinesen richtet, der Russen „große Augen" und „große Hände".

Auf Betriebs- und Wahlversammlungen wird das Volk im Zuge einer Kampagne für die Zustimmung zu neuen Landtags- und Kommunalvertretern vergattert: Man müsse den Riemen enger schnallen und wachsam sein. In den Läden gibt es nur noch zwei Kilo Brot je Käufer, auf dem Lande sind die Backwaren schon morgens ausverkauft. Die freien Märkte bieten an Obst und Gemüse meist nur Äpfel, Kraut und Rüben an; ein Bund Suppengrün kostet zwei Stundenlöhne eines Arbeiters.

Sogar Fisch ist knapp geworden, Fleisch auf dem Bauernmarkt bis zu viermal teurer als im Staatsgeschäft, das aber meistens nur Konserven führt. Offenbar schlachten die Landwirte ihr Privatvieh, weil sie dafür schon kein Futter mehr bekommen.

Die Nomenklatura, die sich in Sonderläden bedient, trifft es kaum, obschon auch in den Spezialgeschäften für Ausländer längst das Frischobst ausgegangen ist.

Die Arbeiterschaft wird mit Fleischpaketen in den Betriebskantinen — einer Art Naturallohn — ruhiggehalten, auch das seit Jahren schon.

Außerhalb der großen Städte müssen Normalverbraucher sich oft monatelang vegetarisch ernähren. Der marxistische Dissident Roy Medwedew: Leiden werde unter dem US-Embargo schließlich nur „der kleine Mann, der nichts mit der Invasion zu tun hat und auf jene, die sie gemacht haben, keinen Druck ausüben kann".

Doch ob die Sowjet-Konsumenten wirklich den vom Staat benannten Schuldigen für eine kommende Misere verantwortlich machen, bleibt offen. Schon läuft im Sowjet-Land die Frage um: „Was haben wir den Amerikanern angetan, daß sie uns plötzlich kein Getreide liefern wollen?"

Der Massenunmut kann sich auch gegen die Regierung kehren. Was passiert, wenn der Nachschub nicht mehr klappt, führen gelegentlich Sowjet-Soldaten in Afghanistan vor: Sie plündern die Geschäfte.

NICARAGUA

Ewiger Papierkrieg

Ein bißchen Kuba, ein bißchen Kapitalismus — die Revolutionäre, die den Diktator Somoza stürzten, versuchen sich am Wiederaufbau.

In den Straßen von Managua skandieren Kolonnen von Schülerinnen und Schülern: „Mit erhobener Faust und offenem Buch!"

Im staatlichen Rundfunk singt der Dichter und Musiker Carlos Mejía Godoy. Während des Bürgerkrieges vom vergangenen Jahr hatte er über den Geheimsender „Radio Sandino" zu den Melodien von Volksliedern Anleitungen für den Gebrauch von Waffen gegeben; jetzt erhebt er die Stimme für einen Krieg gegen die Unwissenheit.

Demonstrierende Schülerinnen in Managua: Kampagne gegen Analphabeten

Nur sieben Monate nach dem Sturz des Diktators Somoza bereitet sich Nicaragua darauf vor, in einer fünfmonatigen Kampagne den 850 000 Analphabeten des Landes, die älter als zehn Jahre sind, das Lesen und Schreiben beizubringen.

Das Unternehmen hat nur ein Vorbild in der westlichen Hemisphäre: die Bildungskampagne Fidel Castros kurz nach seiner Machtergreifung auf Kuba. In Kuba allerdings war 1961 nur jeder fünfte Analphabet, in Nicaragua ist es heute jeder zweite.

Castros Modell gilt allgemein als das große Vorbild, nicht nur beim Lesen und Schreiben. „Die Alphabetisierungskampagne", erläutert Projektleiter Fernando Cardenal, Jesuitenpater und Bruder des Dichters Ernesto Car-